

an.<sup>17</sup> Besondere Bedeutung hat auch diesmal die Wahlentscheidung in den fünf großen Staaten California, New York, Texas, Pennsylvania und Illinois. Wer diese Staaten gewinnt, verfügt mit 171 Elektorenstimmen bereits über fast zwei Drittel der für einen Sieg notwendigen Stimmen.

Die auf die Einzelstaaten ausgerichteten Wahlstrategien schließen keineswegs aus, daß beide Parteien im nationalen Maßstab die Popularität ihrer Spitzenkandidaten zu erhöhen suchen und bestimmte Personengruppen im besonderen Maße umwerben. Im Gegenteil: Ganz augenscheinlich gibt es — nach Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Gallup — erhebliche Schwankungen hinsichtlich der Sympathien für die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien. Im Mai führte Reagan vor Mondale mit 50 Prozent zu 46 Prozent, Ende Juni sogar mit 56 zu 37 Prozent. Nach einer Umfrage vom 16. bis 22. Juli (zur Zeit des Nationalkonvents der Demokraten und kurz danach) lag Mondale mit 48 Prozent vor Reagan (46 Prozent), um dann einen Monat später um 10 Prozent — andere Meinungsforschungsinstitute sprechen sogar von 23 Prozent — hinter Reagan zurückzufallen.<sup>18</sup>

Für die Demokratische Partei wird letztlich entscheidend sein, inwieweit es ihr tatsächlich gelingt, jene Personengruppen weitgehend für sich zu gewinnen, die von der Reagan'schen Politik in ihren Rechten besonders hart getroffen werden. Dies sind die über-Reagans Politik der nuklearen Konfrontation beunruhigten Bürger (über 50 Prozent), aber auch die rassischen Minderheiten (etwa 30 Millionen), die Gewerkschafter (18 Millionen), die älteren Bürger (über 28 Millionen), die Frauen (91 Millionen) und diejenigen Bürger, die unter der Armutsgrenze leben (1980: 26,1 Millionen; 1982: 34,4 Millionen).

In ihrer Wahlplattform trägt die Demokratische Partei den Forderungen dieser Gruppen zumindest zum Teil Rechnung; so hat sie sich für das Einfrieren der atomaren Waffen, für Unterstützung der Schwachen und für die Durchsetzung der Bürgerrechte ausgesprochen. Die Demokratische Partei ist eine enge Allianz mit den Gewerkschaften und zahlreichen demokratischen Organisationen eingegangen, die in scharfer Opposition zu Reagan stehen. Der Führer der Bürgerrechtsbewegung, Jesse Jackson, nahm auf dem Nationalkonvent einen Platz im Präsidium ein. 25 Prozent der Delegierten waren Afroamerikaner und Vertreter anderer rassischer Minderheiten; 25 Prozent waren Gewerkschafter. Zum ersten Male in der Geschichte der USA wurde mit Geraldine Ferraro (Kongreßabgeordnete eines Arbeiterbezirks in New York und Katholikin) von einer der beiden großen Parteien eine Frau als Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten aufgestellt.

*Die Bedeutung der Registrierung wahlberechtigter Bürger*

In den USA lassen sich bei Präsidentschaftswahlen nur etwa drei Viertel aller wahlberechtigten Bürger registrieren (1980: 75 Prozent, 1976: 77 Prozent). Etwas mehr als die Hälfte (1980: 52,6 Prozent, 1976: 54 Prozent) nehmen tatsächlich an den Wahlen teil. Die Zahl der Wahlberechtigten im Jahre 1984, die an den Präsidentschaftswahlen 1980 nicht teilgenommen haben, wird auf 74 Millionen geschätzt.

Gründe für die Nichtregistrierung bzw. für die Nichtteilnahme an der Wahl sind u. a. „die unmäßige Länge der Kampagne, Zynismus angesichts der hohen Kosten und des Verlaufs der Kampagnen, Mißtrauen gegenüber der Regierung, Mangel an Parteiverbundenheit, wachsende soziale Mobilität, Desillusionierung der Armen und Benachteiligten gegenüber dem System“.<sup>18</sup>

Die Präsidentschaftswahlen 1980 zeigten, daß die Wahlbeteiligung (und auch die Registrierung als Voraussetzung dafür) bei den verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen der US-amerikanischen Bevölkerung erhebliche Unterschiede aufwies<sup>20</sup>, was sich eindeutig zuungunsten der Demokratischen Partei auswirkte. Es sind auch in diesem Jahr vor allem in Opposition zur Reagan-Politik stehende Personengruppen, die traditionell im besonderen Maße den Gang zur Wahlurne scheuen werden. Vor diesem Hintergrund ist die sowohl von Gewerkschaften, von Organisationen der Frauen-, Bürger-

rechts- und Friedensbewegung als auch von der Demokratischen Partei selbst eingeleitete Kampagne zu sehen, den Prozentsatz der registrierten Wähler erheblich zu erhöhen und dann am 6. November dieses Jahres 10 bis 14 Millionen bisherige Nichtwähler an die Wahlurne zu bringen — in der nicht unberechtigten Erwartung, daß von diesen Bürgern die übergroße Mehrheit Walter Mondale wählen wird.

Die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) z. B. hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst eine Million mehr afroamerikanische Bürger als 1980 für eine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zu gewinnen (nach Umfragen entscheiden sich rund 90 Prozent der Afroamerikaner gegen Reagan). Ziel dieser Kampagne sind besonders solche Einzelstaaten, in denen Reagan 1980 nur mit knapper Mehrheit gewonnen hat, in denen es jedoch eine große Zahl von afroamerikanischen Wählern gab, die nicht registriert waren.<sup>21</sup>

Die Bedeutung der Registrierungskampagne für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen (auch die Reagan-Mannschaft ist in diese Kampagne eingestiegen, um ihr nahestehende Wählergruppen zu mobilisieren) lenkt den Blick auf eine Besonderheit des US-amerikanischen Wahlrechts gegenüber dem in fast allen anderen kapitalistischen Staaten mit einem parlamentarischen oder parlamentarisch-präsidentialen Regierungssystem: Es gibt in den USA keine Pflicht staatlicher Organe, die Wahlberechtigten zu registrieren. Die Wähler müssen in allen Einzelstaaten selbst die Initiative ergreifen, wenn sie in die Wählerlisten aufgenommen werden wollen. Zu diesem Zweck müssen sie entweder in lokalen Registrierungsbüros vorsprechen und dort ein Formblatt ausfüllen oder (in anderen Staaten) zugesandte Formblätter ausgefüllt zurückschicken. Nur in vier Staaten (Wisconsin, Minnesota, Oregon und Maine) ist es möglich, sich noch am Wahltag registrieren zu lassen.<sup>22</sup> In den anderen Einzelstaaten wird die Registrierung mindestens 30 Tage vor der Wahl abgeschlossen.

*Die Finanzierung des Wahlkampfes*

Die diesjährigen Präsidentschaftswahlen sind die dritten Wahlen, in denen die Finanzierung des Wahlkampfes nach den Bestimmungen des Federal Election Campaign Act von 1971 (mit Änderungen bzw. Ergänzungen von 1974, 1976, 1977, 1979, 1981 und 1983) erfolgt.<sup>23</sup> Dieses Gesetz, das den Federal Corrupt Practices Act von 1925 ablöste, versorgt die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und der Republikaner gleichmäßig mit erheblichen staatlichen Mitteln und regelt die Art und Weise sowie die Grenzen der Finanzierung der Wahlkampagne durch private Spenden. Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Regeln übt die durch dieses Gesetz gebildete Federal Election Commission aus.

Es wird geschätzt, daß der Wahlkampf der Präsident- \*1

17 So G. J. Church, "Now for the Real Fight", Time (New York) vom 30. Juli 1984, S. 5 f.

18 Vgl.: U. S. News & World Report vom 16. Juli 1984, S. 97, und vom 27. August 1984, S. 84; International Herald Tribune vom 26. Juli 1984, S. 4.

19 D. Bonafede, "Voter Turnout", National Journal 1984, Heft 3, S. 405.

20 Aus einer Übersicht in „U. S. News & World Report“ vom 16. Juli 1984, S. 82 f., ergibt sich für die Präsidentschaftswahlen 1980 folgende Wahlbeteiligung:

1. nach der Rassenzugehörigkeit	
Weißer	60,9Prozent
Afroamerikaner	50,5Prozent
Spanischstämmige	29,9Prozent
2. nach dem Beruf	
„Weiße Kragen“ (Beamte, Angestellte)	70,9Prozent
Farmer	59,9Prozent
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich	51,3Prozent
„Blaue Kragen“ (Industriearbeiter)	48,0Prozent

3. nach dem Jahreseinkommen	
unter 5 000 Dollar	39,4 Prozent
5 000 bis 14 999 Dollar	52,0Prozent
15 000 bis 24 999 Dollar	63,8 Prozent
über 25 000 Dollar	73,8Prozent

21 In Alabama und North Carolina gewann Reagan 1980 z. B. mit einer Mehrheit von 17 464 bzw. 39 383 Wählern bei 288 000 bzw. 477 000 nichtregistrierten afroamerikanischen Wählern.

22 In diesen Staaten lag auch die Wahlbeteiligung 1980 weit über dem Landesdurchschnitt: Wisconsin 67,3 Prozent, Minnesota 70,0 Prozent, Oregon 61,3 Prozent und Maine 64,6 Prozent.

23 Vgl.: Federal Election Campaign Laws, Hrsg.: The Federal Election Commission, Washington D. C. 1984.